

Schwerpunkt Pensionskassenabstimmung im Fokus

«Win-Win»: Eine untypische Volksabstimmung

Evaluation Was hat die Bürger dazu bewegt, sich für oder gegen die Initiativen «Win-Win 90» und «Win-Win 50» zu entscheiden? Eine repräsentative Meinungsumfrage des Liechtenstein-Instituts suchte die Gründe für das Abstimmungsverhalten der Bürger bei der Volksabstimmung vom 15. Juni 2014.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Die Erhebung des Liechtenstein-Instituts zeigt, dass die üblichen Faktoren, wie Alter, Geschlecht oder Ausbildung, das Abstimmungsverhalten nicht zu erklären vermögen. Auch politische Einstellung, persönliche Werte und Parteibindung spielten kaum eine Rolle, wo die Bürger schlussendlich ihre Kreuzchen setzten. Doch haben die Ergebnisse der Umfrage des Liechtenstein-Instituts auch einiges an Erklärungspotenzial.

Nicht ins eigene Fleisch schneiden

Wenn die repräsentative Meinungsumfrage unter der Leitung von Politikexperte Wilfried Marxer etwas zeigt, dann, dass die wenigsten gerne bei sich selbst sparen: Denn je stärker die Initiative in den eigenen Lebensbereich einschneidet, umso höher war die Ablehnung. So waren die Gegner der Vorlage meist selbst von den Einschnitten betroffen (90 Prozent), stimmten mit Nein, da eine ihnen nahestehende Person bei der staatlichen Pensionskasse versichert ist (56 Prozent) oder beides (75 Prozent). Auf der anderen Seite stiessen die Initiativen bei Personen, die weder direkt noch indirekt von den an-



«Es ist Missmut gegenüber der Politik feststellbar.»

WILFRIED MARXER
LIECHTENSTEIN-INSTITUT

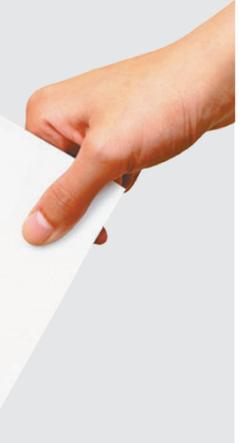
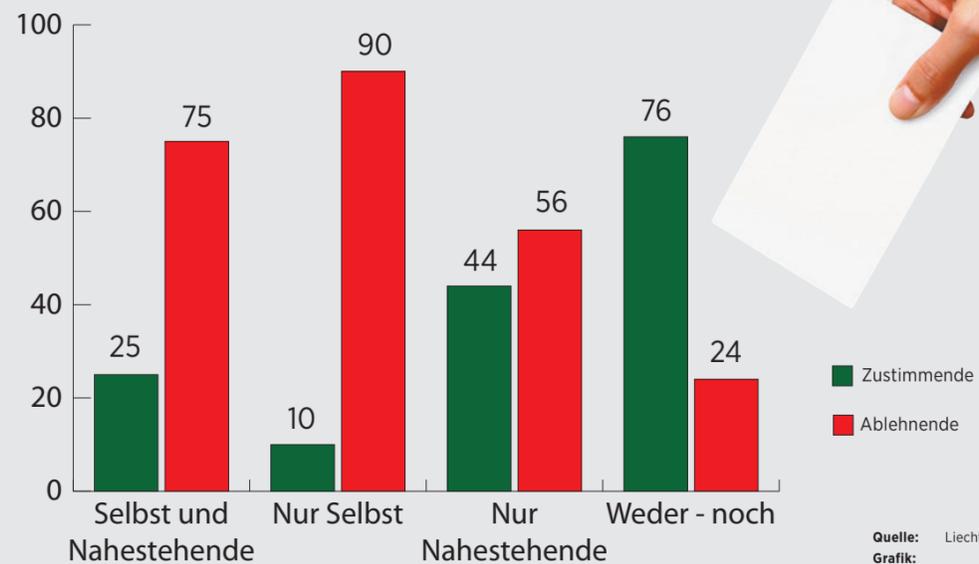
gerechten Reformen beeinflusst wären, auf mehrheitliche Zustimmung (76 Prozent). Die Betroffenheit des Abstimmenden hatte somit massgeblichen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten. Auch wenn laut Umfrage die politische Einstellung und Parteibindung die Entscheidung kaum beeinflusst haben, spielte die Politik - neben der persönlichen Betroffenheit - trotzdem eine tragende Rolle.

Schwindendes Vertrauen in Politik?

Die Meinungsumfrage zeigte, dass schwaches Vertrauen in die Politik und eine geringe Zufriedenheit mit der Demokratie in Liechtenstein (61 Prozent) oft in einem Ja für die Initiativen resultierten. Unterstützer von «Win-Win» wiesen ein deutlich niedrigeres Vertrauen in Regierung, Landtag und die politischen Parteien auf. «Es ist Missmut gegenüber der Politik feststellbar. Man wollte ein Zeichen setzen angesichts des wahrgenommenen Versagens der Politik, die finanziellen Probleme der staatlichen Pensionskasse in der Vergangenheit rechtzeitig zu lösen», schreibt der Studienautor. So traue es ein Grossteil der Befürworter der Regierung nicht zu, eine Lösung für das Pensionskassenproblem zu finden, während die Gegner an die Problemlösungskompetenz

PVS-Abstimmung vom 15. Juli

Zustimmung und Ablehnung nach Grad der Betroffenheit in Prozent



Quelle: Liechtenstein-Institut
Grafik: «Volksblatt»/fh
Foto: Shutterstock

der Regierung glaubten. Neben der Ablehnung von Beamtenprivilegien und der Finanzlage des Staates gaben die Befragten auch das Versagen der Politik in der Vergangenheit als einen der Hauptgründe für ihre Zustimmung an. Zusätzlich wollten einige mit ihrem Ja ein Zeichen gegen die Politik setzen.

Sympathien und Empfehlungen

Weitere Argumente sahen die Befürworter der Initiative in den hohen Kosten der Regierungsvorlage und einer Entlastung der Steuerzahler, die die Initiative mit sich bringen sollte. Doch auch die Kampagne selbst beeinflusste die Entscheidung. So war für einige der Unterstützer neben den erhofften Vorteilen auch die überzeugende Kampagne, persönliche Empfehlungen anderer, die Sympathie für den Initianten und seine Empfehlung ausschlaggebend. Auch bei den Gegnern zeigten die Informationskampagnen rund um die Volksabstimmung ihre Wirkung. So

gaben sie neben falschen Berechnungen und unrealistischen Annahmen, die Empfehlungen von anderen und Regierung, Landtag und Parteien sowie das negative Image und die Kampagnenführung des Initianten an. Oder sie fanden die Regierungsvorlage einfach besser. Auch wenn die Meinungen der Gegner und Befürworter meist stark konträr waren, zeigten sie sich jedoch in einem Punkt einig: Nämlich dass die Reform der Pensionskasse auf keinen Fall zu einem erneuten Sanierungsfall werden dürfe. Rund 30 Prozent der Bevölkerung blieben der Abstimmung fern. Ein Grossteil der Befragten, die sich bereit erklärten, Gründe für ihr Fernbleiben zu nennen, gaben an, einfachen «Termin vergessen» zu haben. Anderen war das Ergebnis einfach egal oder sie fühlten sich von der Abstimmung nicht betroffen. Andere wiederum erklärten, dass es sich um ein komplexes Thema handelte und sie sich schlecht informiert fühlten oder nicht entscheiden konnten.

Weiter gaben rund 50 Prozent der Befragten an, dass sie bei «Win-Win 50» mehr Zustimmung erwartet hätten, bei «Win-Win 90» hätten rund 50 Prozent dagegen eine höhere Ablehnung erwartet. Vor allem diejenigen, die den Initiativen selbst zustimmten, erwarteten höhere Resultate.

Quellen für Meinungsbildung

Als wichtigste Informationsquellen für die Entscheidung stuften die Befragten persönliche Gespräche und die Berichterstattung mitsamt Leserbriefen in den Landeszeitungen ein. Auch den Informationsveranstaltungen und den Abstimmungsbroschüren der Regierung wiesen vor allem die Gegner grosse Bedeutung zu. Weniger relevant waren gemäss Umfrage die Radioberichterstattung und die Kampagnenplakate.

Die kompletten Ergebnisse der Umfrage zur Volksabstimmung sind im Media Center auf www.volksblatt.li einzusehen.

INFORMATIONEN ZUR DATENERHEBUNG

Die repräsentative Umfrage wurde von Wilfried Marxer im Auftrag des Liechtenstein-Instituts unmittelbar nach der Volksbefragung (vom 16. bis 25. Juni, ohne Fronleichnam) durchgeführt. Er erfasste dabei stichprobenartig 501 Personen, die allesamt stimmberechtigte Liechtensteiner waren. 204 stimmten den Initiativen zu. 134 mit einem Ja zu beiden Initiativen ab. Vier nur für «Win-Win 90» und 66 nur für «Win-Win 50». Ein Nein zu beiden Initiativen gaben 239 Personen ab. Fünf wählten ungültig oder leer. Nicht abgestimmt haben 42 Befragte. 11 wollten keine Angabe zu ihrem Abstimmungsverhalten abgeben. Die Messgenauigkeit wird bei 95 Prozent Sicherheit angegeben.

Unterland dagegen, Oberland dafür - der «Ribbel-Graben» offenbart sich

Phänomen Beim ungewöhnlichen Abstimmungsergebnis - das Unterland lehnte beide Initiativen ab, das Oberland dagegen befürwortete «Win-Win 50» - sorgte vor allem das Warum für hitzige Diskussionen.



Zumindest bei der «Win-Win»-Abstimmung war das Ländle zweigeteilt. (Foto: MZ)

«Nach den ersten Resultaten aus Planken habe ich mich bereits mit der Niederlage abgefunden», meinte ein eifriger Vertreter der Regierungsvorlage konsterniert, bis er zum Ende des Wahlsonntags doch noch jubeln konnte. Das Oberland allein genommen, hätte zumindest «Win-Win 50» mit einer Mehrheit von 53 Prozent zugestimmt, wären da nicht die Unterländer Gemeinden, die der «milderen Variante» nur eine Zustimmung von 43,8 Prozent entgegenbrachten und die Initiativen scheitern liessen: Ein Phänomen, das den Trend der bisherigen Abstimmungen egalisierte. Einen Zusammenhang sieht Wilfried Marxer in den Unterschriftensammlungen in den einzel-

nen Gemeinden zu «Win-Win 50». So konnten etwa im Unterland nur 8,3 Prozent der Stimmberechtigten für eine solche begeistert werden - während im Oberland 13,9 Prozent unterzeichneten und den Weg für die Initiative ebneten.

Sind Unterländer regierungstreuer?

«In Gemeinden, in denen weniger Unterschriften gesammelt wurden, fiel auch das Abstimmungsergebnis unterdurchschnittlich aus», fasst Marxer zusammen. «Dies trifft auf alle Unterländer Orte zu.» Möglicherweise sei damit der persönliche Kontakt bei der Unterschriftensammlung und die dabei geleistete «Überzeu-

gungsarbeit» einer der Faktoren. Das verwundert nicht, zählen die Befragten doch die persönlichen Kontakte zu den wichtigsten Meinungsmachern. Das Warum bleibt offen: Wohnen im Unterland etwa prozentual mehr von der Pensionskassenversicherung? Sind die Unterländer die regierungstreueren Bürger, da sie etwa stärker von der FBP geprägt sind? «Beides lässt sich auf Basis der bestehenden Datenlage empirisch nicht nachweisen», winkt der Studienautor ab. «Speziell der Einfluss der Parteibindung betreffend dem Wahlschneiden der FBP in einzelnen Gemeinden und dem Abstimmungsergebnis ist nicht festzustellen.» (hm)

Ungewöhnlich später Zeitpunkt

Die Entscheidung fiel erst kurz vor der Abstimmung

VADUZ Entgegen dem ungeschriebenen Gesetz, dass die Entscheidung eines Liechtensteiner eigentlich schon mehrere Wochen vor der Wahl feststehen würde, haben sich im Fall der «Win-Win»-Initiativen eine grosse Zahl Stimmberechtigter erst spät für eine Richtung entschieden. Nur 45 Prozent der Befragten zur Umfrage der Volksabstimmung zur Pensionskassenanierung gaben an, schon von Anfang an gewusst zu haben, was sie abstimmen würden. Im Vergleich zur Vetorechtsabstimmung 2012, an der 83 Prozent von Anfang an Position bezogen und der Abstimmung um die Fristenlösung 2011 mit 62 Prozent, eine niedrige Zahl. Knapp 25 Prozent trafen ihre

Entscheidung sehr kurzfristig, also etwa eine Woche vor der Abstimmung oder noch später - ungewöhnlich für Liechtenstein. Beim Vetorecht waren dies gerade einmal 3 Prozent, bei der Fristenlösung zumindest 16 Prozent. «Es ist ebenfalls zu berücksichtigen, dass längere Zeit Unsicherheit herrschte, ob beide Vorlagen zur Abstimmung gelangen», ergänzt Studienautor Wilfried Marxer. «Für persönlich betroffene, ältere oder parteigebundene Personen stand aber überdurchschnittlich früh fest, wie diese abstimmen.» Im Gegensatz zu den Jüngeren (18 bis 34 Jährigen), von denen mehr als 70 Prozent nicht frühzeitig entscheiden wollten. Marxer: «Die Zeit der Abstimmungskampagne bot daher insbesondere in diesen Zielgruppen ein grosses Potenzial für wirksame Überzeugungsarbeit.» (hm)



Vor allem jüngere Wähler liessen sich bei ihrer Entscheidung Zeit. (Symbolfoto: SSI)